



Wohlstand, Wachstum, Wachstumsmessung 10 Thesen aus einer industriellen Perspektive*

Datum
16. Oktober 2012

Seite
1 von 6

1. In Deutschland ist die Industrie Motor des Wachstums. Wachstumskritik ist damit gleichzeitig Industriekritik.

Im Industrieland Deutschland ist das Wachstum bisher stets von der Industrie und von der Globalisierung angetrieben worden. Zwei Drittel des starken Wachstums der beiden vergangenen Jahre wurden in der Industrie generiert, nimmt man die industrienahen Dienstleistungen hinzu, waren es sogar drei Viertel. Gerade die aktuelle Krise im europäischen Wirtschafts- und Währungsraum zeigt, wie wichtig eine wettbewerbsfähige Industriebasis für die Zukunftsfähigkeit einer Volkswirtschaft ist. Es ist kein Zufall, dass ausufernde Staatsverschuldung häufig mit mangelnder industrieller Wettbewerbsfähigkeit einhergeht und so die Krisenanfälligkeit der Länder erhöht und die Überwindung der Krise erschwert. Vor diesem Hintergrund bereitet die gerade in Deutschland wieder populär und salonfähig gewordene Wachstumskritik aus einer industriellen Perspektive heraus Sorge, denn zumindest implizit verbirgt sich hinter dieser Wachstumskritik auch eine Kritik an dem industriebasierten Wirtschaftsmodell Deutschlands. Eine kritisch distanzierte Haltung zur Industrie ist aber das Gegenteil dessen, was das Industrieland Deutschland braucht. Wirtschaftspolitisch geht es vielmehr darum, alles zu tun, damit industrielle Wertschöpfung - auch als Wachstumstreiber und Beschäftigungsmotor - am Standort Deutschland möglich und rentabel bleibt.

2. Wirtschaftliches Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität sind eng miteinander verknüpft.

Wirtschaftliches Wachstum, gemessen als reale, d.h. preisbereinigte Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) einer Volkswirtschaft, ist keineswegs gleichzusetzen mit einer entsprechenden Veränderung von Wohlstand und Lebensqualität in der entsprechenden Gesellschaft. Eine solche Gleichsetzung hieße eindeutig, das BIP in seiner Aussagefähigkeit zu überfordern. Gleichwohl ist das BIP der wohl aussagefähigste und in sich konsistenteste Indikator für die materielle Komponente von Wohlstand und Lebensqualität. Und damit nicht genug: Auch für immaterielle Wohlstandskomponenten wie etwa Bildung, Gesundheit, sozialer Sicherheit und Umweltqualität halten die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und ihr Leitindikator, das BIP, belastbare Informationen bereit. Diese immateriellen Wohlstandskomponenten gehen mit hohem Gewicht direkt in die BIP-Berechnung ein. Der von Wachstumskritikern oftmals behauptete Zielkonflikt zwischen materiellem und immateriellem Wohlstand ist nicht wirklich existent. Viele alternative Wohlfahrtsindika-

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Telekontakte
T: 030 2028-1591
F: 030 2028-2591

Internet
www.bdi.eu

E-Mail
H.Hass@bdi.eu

*) Grundlage der Thesen ist die im Auftrag des BDI erstellte Studie „Zur Kritik des BIP als Indikator für Wohlstand und Wirtschaftswachstum“ von Prof. Dr. Ulrich van Suntum, Universität Münster, Oktober 2012.

toren sind statistisch hoch mit dem BIP korreliert. Ein hoher materieller Lebensstandard ist im Allgemeinen mit einer saubereren Umwelt, mit höherer Lebenserwartung und mit höherem Bildungsniveau der Bevölkerung verknüpft. Insofern bieten alternative Wohlfahrtsindikatoren häufig nur wenig an echter Zusatzinformation. Auch dass sich das BIP in Deutschland zu etwa drei Vierteln aus immateriellen Dienstleistungen der verschiedensten Art zusammensetzt, spricht gegen eine auf rein materielle Zusammenhänge beschränkte Aussagefähigkeit des BIP.

3. Reales Wirtschaftswachstum bedeutet nicht immer mehr von dem Gleichen. Es geht um qualitatives und nachhaltiges Wachstum.

Wirtschaftliches Wachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum ist vieles nichts. Ein höheres Wachstum ist dabei kein Selbstzweck und es geht auch nicht um ein rein quantitativ verstandenes Wachstum. Deutschland auf einen höheren Wachstumspfad zu hieven, heißt quantitatives und qualitatives Wachstum in höherer Dimension anzustreben. Es geht um nachhaltiges Wachstum, das einher geht mit höherer Lebensqualität für die Menschen, besseren und sichereren Arbeitsplätzen für die Arbeitnehmer, einer gesteigerten Energie- und Rohstoffeffizienz. Würde man Wachstum rein quantitativ begreifen in dem Sinne, dass der materielle Output und damit auch der materielle Input immer größer werden, so könnte man die zu beobachtende Wachstumsskepsis verstehen. Naturgemäß braucht das einzelne Individuum nicht immer mehr Kraftfahrzeuge, um sein Mobilitätsbedürfnis zu stillen, oder immer mehr Fernsehgeräte, um unterhalten zu werden. Am BIP gemessenes Wirtschaftswachstum ist im Kern überhaupt kein quantitatives Phänomen. Beim Wachstum geht es um die Schaffung von Werten und Werte ergeben sich als Produkt von Mengen und Preisen. Bei der Preisbereinigung geht es lediglich darum, inflationäre Preissteigerungen, denen keine Wertsteigerung entspricht, herauszurechnen. Das, was übrig bleibt, das reale Wirtschaftswachstum, ist immer noch eine qualitative Größe. Es spiegelt den Wert wider, den die Wirtschaftssubjekte aufgrund ihrer individuellen Präferenzordnungen den erzeugten Gütern und Leistungen beimessen. Diese Präferenzordnungen manifestieren sich in einem System relativer Preise, mit dessen Hilfe die unterschiedlichen Bestandteile der volkswirtschaftlichen Leistung zu einer Größe, dem BIP, aggregiert werden. Dahinter verbirgt sich viel mehr, als nur immer mehr von demselben. Dahinter stehen der Wandel der Wertvorstellungen und Wünsche der Menschen, die ständige Anpassung an Veränderungen sowie der sich in Qualitätsverbesserungen manifestierende technische Fortschritt. Damit geht es nicht um die generelle Frage, ob Wachstum stattfinden darf, sondern wie es stattfinden soll.

4. Ohne weiteres Wachstum fällt Deutschland in die Demografiefalle und erstarrt in Verteilungskämpfen.

Ein Kernpunkt der populären Wachstumskritik ist die vermeintlich ungleiche bzw. ungerechte Verteilung der im Zuge des Wachstumsprozesses erwirtschafteten Güter und Leistungen. Bei allem sozialen Unrecht, dass sehr wohl mit wirtschaftlichem Wachstum einhergehen kann, darf jedoch eine grundlegende soziale Funktion des Wachstums nicht außer Acht gelassen werden: Höheres wirtschaftliches Wachstum bringt eine größere Verteilungsmasse hervor als ein geringeres Wirtschaftswachstum. Nur das, was

zuvor erwirtschaftet wurde, kann anschließend verteilt werden. Zusätzliche Wünsche und Notwendigkeiten in den Bereichen Kultur, Bildung, Gesundheit und Alterssicherung sind nur bei steigenden Einkommen zu erfüllen, sollen nicht bisherige materielle Bedürfnisse zurückgeschraubt werden. Je mehr erwirtschaftet wird, desto mehr kann verteilt werden. Diese ökonomische Binsenweisheit gerät leicht aus dem Blick, wenn man alles nur durch die soziale Brille betrachtet. Dies gilt unabhängig davon, wie eine Gesellschaft ihren Verteilungsprozess organisiert. In Deutschland sind es vor allem die Lohnpolitik, die sozialen Sicherungssysteme und die progressive Einkommensbesteuerung, die die Verteilung des Erwirtschafteten determinieren. Alle drei Determinanten profitieren unmittelbar von höherem Wachstum. Die im Kern beitragsfinanzierten Sozialsysteme sind sogar in ihrer Funktionsfähigkeit von wirtschaftlichem Wachstum abhängig, erst recht bei einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung. Letztere führt nahezu unweigerlich zu steigenden Abgabenbelastungen für die erwerbstätige Bevölkerung. Reale Lohnsteigerungen für die Erwerbstätigen kann es unter solchen demografischen Vorzeichen daher nur bei weiterem Wirtschaftswachstum geben.

5. Ein höherer Wachstumspfad ist der Schlüssel zur Überwindung der Verschuldungskrise.

Nachhaltige Haushaltskonsolidierung ist auf Dauer nur mit zusätzlichem Wirtschaftswachstum zu erreichen. Wachstum und Konsolidierung bedingen sich gegenseitig. Das eine darf nicht zulasten des anderen vernachlässigt werden. Es wäre falsch, wenn Deutschland ausschließlich versuchen würde, sich aus der Krise heraus zu sparen. Der aussichtsreichste Weg zum Erfolg führt über Wirtschaftswachstum und über damit verbundene Steuermehreinnahmen. Ökonomisch bedeutet eine hohe staatliche Verschuldung nichts anderes, als dass Teile der zukünftigen Wertschöpfung bereits denen versprochen sind, die dem Staat zuvor Geld geliehen haben. Das BIP kann nur einmal verteilt werden. Nur wirtschaftliches Wachstum kann aus der Schuldenfalle herausführen. Allerdings darf dieses Wachstum nicht selbst durch zusätzliche Schulden finanziert sein. Es muss sich um reales, d.h. nicht durch Inflation aufgeblähtes Wachstum handeln. Nur reales Wachstum bringt die Güter und Dienstleistungen hervor, mit denen sowohl die Ansprüche der Gläubiger des Staates, als auch die Ansprüche derjenigen, die das Wachstum erwirtschaftet haben, befriedigt werden können. Empirische und theoretische Studien legen nahe, dass es ab einer Staatsschuldenquote von 90 Prozent zu einer Beeinträchtigung des Wirtschaftswachstums kommt. Staatsverschuldung und wirtschaftliches Wachstum stehen also in einem engen Wirkungszusammenhang. Einerseits ist Wachstum ein wichtiger Schlüssel zum Schuldenabbau, andererseits kann die Schuldenlast auch schon so erdrückend sein, dass die Wachstumsmöglichkeiten eingeschränkt sind.

6. Es gibt keine langfristigen Obergrenzen für das wirtschaftliche Wachstum, auch nicht unter Ressourcenaspekten.

Die aktuelle Debatte um Sinn und Zweck weiteren Wachstums knüpft an die von Dennis Meadows im Jahr 1972 postulierten Grenzen des Wachstums an, die wohl von kaum einem anderen Volk derart verinnerlicht wurden, wie von den Deutschen. Kernaussage dieses Klassikers der Wirt-

schaftsliteratur war, dass exponentielles, das heißt sich mit gleichbleibenden Raten fortsetzendes Wirtschaftswachstum die Ausstattung des Lebensraums Erde mit natürlichen Ressourcen binnen kurzer Frist überfordern und den ökologischen Zustand dieses Lebensraums bis zur Unwirtlichkeit zerstören würde. Richtig verstandenes Wachstum kennt jedoch keine natürlichen Grenzen, es geht auch nicht zwangsläufig mit einem stetig steigenden Ressourcenverbrauch einher. Solange die Rate des ressourcensparenden technischen Fortschritts höher ist als die Abbaurrate der nicht-regenerierbaren Ressourcen, lassen sich absolute Wachstumsgrenzen nicht begründen. Auch der steigende immaterielle Gehalt des Wachstums in Form verschiedenster Dienstleistungen spricht gegen Wachstumsobergrenzen. Wachstum hat zwar auch eine Mengenkomponekte, und auch zukünftiges Wachstum wird diese Mengenkomponekte enthalten - man denke nur an den rasanten Industrialisierungsprozess vieler aufstrebender Länder, die fast schon gar nicht mehr als Schwellenländer, geschweige denn als Entwicklungsländer bezeichnet werden können. Aber Mengen und Materie sind eben nur die eine Komponente, die andere besteht aus Wertvorstellungen, die sich in relativen Preisen manifestieren. Und diese Werte können unbegrenzt wachsen, ohne die Ressourcenausstattung des Planeten zu überfordern.

7. Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität lassen sich nicht in einem Indikator erfassen, sondern nur in einem Indikatorensystem.

Es wäre vermessen, alle relevanten Fragen im Kontext von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität in einem einzigen Indikator abbilden zu wollen. Zu vielfältig sind die interessierenden Einzelaspekte, zu komplex die damit verbundenen Aggregationsprobleme und zu schwerwiegend die theoretischen Widersprüche, in die man sich zwangsläufig bei der Indikatorbildung und -berechnung verstricken würde. Bei allem Verständnis für das verbreitete Bedürfnis nach einer belastbaren Zahl, die quasi universell einsetzbar ist und auf alle denkbaren Fragen Antwort gibt, sind aus einer industriellen Perspektive heraus alle Ansätze, die auf einen zusammenfassenden Wohlstandsindikator hinauslaufen, abzulehnen. Ein solcher zusammenfassender Indikator müsste alle einbezogenen Einzelindikatoren monetarisieren und mittels eines relativen Preissystems aggregieren. Ein solcher Ansatz ist schon deshalb verfehlt, weil die Monetisierung aller Lebensbereiche und -facetten weder ökonomisch möglich noch politisch wünschenswert wäre. Dem gesamten komplexen Wirkungszusammenhang von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität kann man daher nur mit einem Indikatorensystem angemessen Rechnung tragen, in dem verschiedene Teilindikatoren auch in unterschiedlichen Dimensionen und Rechnungseinheiten nebeneinander stehen. Erst aus einer solchen Gesamtschau ergeben sich brauchbare Antworten auf differenzierte Fragestellungen. Dass eine solche Gesamtschau über VGR und das BIP hinausgehen muss, versteht sich dabei von selbst, denn keineswegs enthalten VGR und BIP alle relevanten Informationen im Kontext von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität.

8. In einem Indikatorensystem zur Erfassung von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität ist das BIP der Leit- und Ankerindikator.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) sind das Herzstück der amtlichen Wirtschaftsstatistik und aus einer industriellen Perspektive heraus sollten sie dies auch bleiben. Die VGR liefern nach wie vor die bes-

ten verfügbaren Antworten auf viele immer noch höchst relevante ökonomische Fragestellungen, gerade auch im Kontext von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität. Die VGR und das BIP sollten schon deshalb Basis und Zentrum jeder weiterführenden Wohlfahrtsrechnung bleiben, weil sie auf marktbestimmten Kosten und Preisen basieren und durch ihre Methodik der doppelten Buchführung eine hohe innere Konsistenz aufweisen. So ist es beispielsweise keinesfalls so, dass etwa Krankheitskosten quasi automatisch das BIP erhöhen würden. Vielmehr führen sie eher zu einer sektoralen Verschiebung der Wertschöpfung. Zusätzlicher Wertschöpfung im Gesundheitssektor stehen so Krankheitskosten und Produktionsausfälle in anderen Sektoren gegenüber. Die VGR und das BIP als Herzstück der amtlichen Wirtschaftsstatistik zu erhalten, bedeutet nicht, alles so zu belassen, wie es heute ist. Die Unzulänglichkeiten der VGR selbst für ihre ureigenen Zwecke sind seit Langem bekannt und breit diskutiert. Es ist lohnend, an der Lösung dieser Probleme intensiv weiterzuarbeiten. Dies betrifft etwa die Berücksichtigung von Qualitätsänderungen in Preisindizes, die Erfassung von Dienstleistungsaktivitäten im Allgemeinen und die Bewertung vor allem staatlich erbrachter Dienstleistungen, für die keine Marktpreise vorliegen, im Speziellen.

9. Bevor neue Indikatoren und Daten erhoben werden, müssen bisher ungehobene Potenziale des BIP und der VGR genutzt werden.

Das BIP ist zwar kein explizites Wohlfahrtsmaß, die VGR mit ihrer logisch konsistenten Darstellung der Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsseite des volkswirtschaftlichen Wertschöpfungsprozesses enthält jedoch sehr viel mehr wohlfahrtsrelevante Informationen, als auf den ersten Blick erkennbar ist. So kann beispielsweise die Nettoinvestitionsquote durchaus als Indikator für die Nachhaltigkeit des Wirtschaftssystems herangezogen werden. Der Außenbeitrag der Volkswirtschaft kann auch als externe Ersparnisbildung interpretiert werden, die für zukünftige Konsumbedürfnisse aktiviert werden kann. Auch die zunehmende Knappheit natürlicher Ressourcen geht über steigende Knappheitspreise in die BIP-Berechnung ein, so dass es grundsätzlich keinen Anlass gibt, wegen des Verbrauchs natürlicher Ressourcen Abzüge vom BIP vorzunehmen. In Deutschland sind, wie eine erste Sichtung der statistischen Ämter ergeben hat, für relativ viele der neu aufgeworfenen Fragestellungen bereits Daten vorhanden oder lassen sich mit überschaubarem Aufwand ableiten. Hinzu kommen zahlreiche wissenschaftliche Studien, die empirisch untermauerte Analysen zum Kontext von Wohlstand und Lebensqualität liefern. Dieses vorhandene Material sollte systematisch zusammengetragen und gesichtet werden, um neue Erhebungen und damit Belastungen für die Auskunft Gebenden auf das notwendige Minimum beschränken zu können.

10. Der Schlüssel zur Steigerung der Aussagefähigkeit des BIP liegt in der Internalisierung externer Kosten im Preissystem.

Ein Grundproblem der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts betrifft die unzureichende Berücksichtigung externer Effekte in den Marktpreisen. Sind diese Effekte groß, eignen sich die Preise nur noch eingeschränkt zur Aggregation verschiedenartigster Güter und Dienstleistungen zu einer Kenngröße, die Aussagen über die Wohlfahrtsentwicklung erlaubt. Die Internalisierung externer Effekte ist im Kern eine politische Aufgabe. Hier kommt es darauf an, durch zielgenaue Regulierung, etwa im Bereich der Umweltge-

setzung, wenn nicht eine vollständige, so doch eine bessere Abbildung externer Effekte in den Preisen und damit im Bruttoinlandsprodukt zu erreichen. Hierzu gehört auch die adäquate Erfassung von Gegenwarts- und Zukunftspräferenzen. Wenn ein Preissystem das leisten würde, würde der Marktprozess automatisch Güter, Dienstleistungen und Produktionsprozesse hervorbringen, die den Zielen der Nachhaltigkeit entsprechen würden. Die Verknappung natürlicher Ressourcen und die Folgen des Klimawandels würden sich in den Präferenzordnungen der Wirtschaftssubjekte, in den Nachfragestrukturen und damit im Preissystem niederschlagen. Je besser die Marktsignale die echten Knappheiten widerspiegeln, desto wertvoller wird das BIP als unverzichtbare Grundlage jeder Wohlfahrtsrechnung.